

## Inhaltsübersicht

	Seite
Literaturverzeichnis .....	XXVII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXXI

### Erster Teil. Wettbewerbsrecht (UWG)

§ 1 Materielles UWG (Anspruchsgrundlagen) .....	1
§ 2 Neue Rechtsprechung und Literatur, Hinweise auf aktuelle Probleme des Wettbewerbsrechts .....	146
§ 3 Prozessrechtliche Fragen zum Aktenvortrag im Rahmen der Einstweiligen Verfügung – Aufbauschema und Schnellübersicht über die wichtigsten Probleme .....	206
§ 4 Exkurse vornehmlich zu formellen und prozessualen Einzelfragen .....	236

### Zweiter Teil. Kartellrecht (GWB)

§ 1 Begriff und Entwicklung des Kartellrechts .....	269
§ 2 Die Konzeption des GWB .....	273
§ 3 Die Systematik des GWB .....	275
§ 4 Rechtsanwendungsprobleme des GWB .....	280
§ 5 Grundbegriffe des GWB .....	284
§ 6 Internationaler Anwendungsbereich des GWB .....	305
§ 7 Sonderregeln für bestimmte Wirtschaftsbereiche .....	312
§ 8 Das Kartellverbot .....	321
§ 9 Die Ausnahmen vom Kartellverbot .....	353
§ 10 Die Preis- und Konditionenbindungen .....	372
§ 11 Die Abschlussbindungen .....	389
§ 12 Die Lizenzverträge .....	396
§ 13 Marktbeherrschung und wettbewerbsbeschränkendes Verhalten .....	398
§ 14 Die Wettbewerbsregeln .....	455
§ 15 Die Zusammenschlusskontrolle .....	460
§ 16 Die Sanktionen .....	486
§ 17 Die Kartellbehörden .....	492
§ 18 Die Verfahren .....	496

### Dritter Teil. Grundzüge des europäischen Kartellrechts

§ 1 Das Kartellverbot des Art. 81 EG und seine Ausnahmen .....	503
§ 2 Das Diskriminierungsverbot des Art. 82 EG .....	544
§ 3 Die Besonderheiten der öffentlichen Unternehmen nach Art. 86 EG .....	562
§ 4 Die europäische Zusammenschlusskontrolle .....	576
Stichwortverzeichnis .....	609



## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Literaturverzeichnis .....	XXVII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXXI

### Erster Teil. Wettbewerbsrecht (UWG)

§ 1 Materielles UWG (Anspruchsgrundlagen) .....	1
I. § 1 UWG – Sittenwidrige Wettbewerbshandlungen .....	1
1. Wer .....	2
2. Handeln im geschäftlichen Verkehr .....	6
3. Zu Zwecken des Wettbewerbs .....	6
4. Verstoß gegen die guten Sitten/Sittenwidrigkeit/Unlauterkeit .....	8
5. Subjektiver Tatbestand .....	11
6. Die Fallgruppen des § 1 UWG und Beispiele (Unterfallgruppen) hierzu .....	12
a) Kundenfang .....	13
b) Behinderung .....	26
c) Ausbeutung .....	30
d) Vorsprung durch Rechtsbruch .....	42
e) Marktstörung .....	42
f) Übersicht zur Fallgruppe Vorsprung durch Rechtsbruch .....	45
g) Exkurs zur Fallgruppe Vorsprung durch Rechtsbruch .....	45
7. Rechtsfolgen .....	61
II. § 1 UWG i. V. m. § 2 Abs. 1, 2 UWG – Unzulässige vergleichende Werbung .....	65
1. Allgemeines .....	65
2. Prüfungsaufbau für den Unterlassungsanspruch aus § 1 i. V. m. § 2 UWG (Grobschema) .....	66
3. Detailliertes Prüfungsschema mit Definitionen .....	66
a) Werbung .....	66
b) Vergleich .....	67
c) Mitbewerber .....	67
d) Erkennbarkeit des Mitbewerbers .....	67
e) Bezugnahme auf Waren oder Dienstleistungen .....	68
f) § 2 Abs. 2 Nr. 1 UWG – fehlender Bezug auf Waren oder Dienstleistungen für den gleichen Bedarf oder dieselbe Zweckbestimmung (Waren- oder Dienstleistungsvergleich) ..	69
g) § 2 Abs. 2 Nr. 2 UWG – fehlender Bezug auf eine oder meh- rere wesentliche, relevante, nachprüfbare und typische Eigen- schaften oder den Preis dieser Waren oder Dienstleistungen (Eigenschafts- und Preisvergleich) .....	70
h) § 2 Abs. 2 Nr. 3 UWG – Verbot der Herbeiführung von Verwechslungen zwischen dem Werbenden und einem Mit- bewerber oder zwischen von diesen angebotenen Waren oder Dienstleistungen .....	72
i) § 2 Abs. 2 Nr. 4 UWG – Verbot der unlauteren Rufausnut- zung und Rufbeeinträchtigung .....	72
j) § 2 Abs. 2 Nr. 5 UWG – Verbot der Herabsetzung oder Ver- unglimpfung .....	73
	XI

## *Inhaltsverzeichnis*

	Seite
k) § 2 Abs. 2 Nr. 6 UWG – Verbot der Darstellung einer Ware als Imitation oder Nachahmung einer anderen Ware .....	78
l) Grundsätze der Beweislastverteilung .....	78
m) Rechtsfolgen .....	79
n) Exkurs: Liegt vergleichende Werbung auch dann vor, wenn keine objektiv nachprüfbaren Eigenschaften, sondern nur subjektive Wertungen gegeben sind? .....	79
o) Die vom BGH zwischen 1998 und 2002 entschiedenen Fälle zur vergleichenden Werbung – eine Übersicht .....	80
p) Weitere Urteile der Oberlandesgerichte .....	81
III. § 3 Satz 1 UWG – Irreführungsverbot .....	83
1. Handeln im geschäftlichen Verkehr .....	84
2. Zu Zwecken des Wettbewerbs .....	85
3. Irreführende Angabe(n) über geschäftliche Verhältnisse .....	85
a) Angaben .....	85
b) Über geschäftliche Verhältnisse .....	85
c) Eignung zur Irreführung (wettbewerbsrechtliche Relevanz) ...	86
d) Subjektiver Tatbestand? .....	88
e) Details zum Irreführungstatbestand .....	89
4. Rechtsfolgen .....	94
5. Weitere Exemplifikation anhand von prägnanten Beispielen aus der aktuellen Rechtsprechung zu § 3 S. 1 UWG .....	95
IV. § 6 UWG – Insolvenzwarenverkauf .....	101
1. Allgemeines .....	101
2. Die Verbotsvoraussetzungen des § 6 Abs. 1 UWG .....	102
a) Ankündigen .....	102
b) In öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mitteilungen für einen größeren Personenkreis .....	102
c) Verkauf von Waren, die aus einer Insolvenzmasse stammen, aber nicht mehr zum Bestand der Insolvenzmasse gehören .....	103
d) Verbot der Bezugnahme auf die Herkunft der Ware aus einer Insolvenzmasse .....	104
3. Rechtsfolgen .....	105
V. § 6 a UWG – Hersteller- und Großhändlerwerbung .....	105
1. Allgemeines .....	105
2. Geschäftlicher Verkehr .....	106
3. Im Zusammenhang mit dem Verkauf von Waren .....	106
4. Werbung gegenüber dem Letztverbraucher .....	106
a) Werbung .....	106
b) Letztverbraucher .....	106
c) Sonstiges .....	108
5. Unzulässige Hersteller- oder Hinweiswerbung (Verbotstatbestände) .....	108
a) Hersteller-Hinweiswerbung, § 6 a Abs. 1 UWG .....	108
b) Großhändler-Hinweiswerbung, § 6 a Abs. 2 UWG .....	108
6. Verbotsausnahmen .....	109
a) § 6 a Abs. 1 Nrn. 1–3 UWG (Hersteller-Hinweiswerbung) ....	109
b) § 6 a Abs. 2 UWG (Großhändler-Hinweiswerbung) .....	109
7. Rechtsfolgen .....	110
VI. § 6 b UWG – Kaufscheinhandel .....	110
1. Allgemeines .....	110
2. Handeln im geschäftlichen Verkehr .....	111

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Zu Zwecken des Wettbewerbs .....	111
4. Beteiligte und Verbotsadressaten .....	111
5. Verbotstatbestände des § 6 b UWG .....	112
a) § 6 b 1. Alt. UWG – Ausgabe von Berechtigungsscheinen, Ausweisen oder sonstigen Bescheinigungen zum Bezug von Waren an Letztverbraucher .....	112
b) § 6 b 2. Alt. UWG – Verkauf von Waren gegen Vorlage sol- cher Bescheinigungen an Letztverbraucher .....	114
6. Verbotsausnahme – Berechtigung nur zu einem einmaligen Ein- kauf bei einzelner Ausgabe für jeden Einkauf .....	114
a) Einmalige Einkaufsberechtigung .....	114
b) Für jeden Einkauf einzeln .....	114
7. Werbeverbot? .....	115
8. Rechtsfolgen .....	115
9. Grundsätze der Beweislastverteilung .....	115
VII. § 7 Abs. 1 UWG – Unzulässige Sonderveranstaltungen .....	116
1. Begriff der Sonderveranstaltung .....	116
2. Kumulative Voraussetzungen der „Sonderveranstaltung“ (Le- galdefinition in § 7 Abs. 1 UWG) .....	116
3. Verkaufsveranstaltung im Einzelhandel .....	116
4. Verkaufsveranstaltung außerhalb des regelmäßigen Geschäfts- verkehrs .....	117
5. Verkaufsveranstaltung zur Beschleunigung des Warenabsatzes . 6. Hervorrufen des Eindrucks der Gewährung besonderer Kauf- vorteile .....	118
7. Kein Sonderangebot, § 7 Abs. 2 UWG (negatives Tatbestands- merkmal) .....	119
8. Ausnahmen .....	121
a) § 7 Abs. 3 Nr. 1 UWG – Abschnittschlussverkäufe .....	121
b) § 7 Abs. 3 Nr. 2 UWG – Jubiläumsverkäufe .....	121
9. Verhältnis der Vorschrift zu anderen Bestimmungen .....	121
10. Neuere Entwicklungen in der Rechtsprechung (seit 2002) .....	122
VIII. § 8 Abs. 5, 6 UWG – Unzulässige Räumungsverkäufe .....	127
1. § 8 Abs. 5 Nr. 1 UWG .....	127
a) Fallkonstellationen .....	127
b) Rechtsfolgen .....	127
c) Die Passivlegitimation des Verfügungsbeklagten .....	127
d) Der Umfang des Nachprüfungsrechts und zur Mitwirkungs- pflicht des Anzeigenden gem. § 8 Abs. 5 Nr. 1 i.V.m. § 8 Abs. 4 Satz 3 UWG .....	128
e) Zur Störerhaftung der Werbeagentur bei Verstößen gegen § 8 UWG .....	130
2. § 8 Abs. 5 Nr. 2 UWG – Vor- und Nachschieben von Waren .....	130
3. § 8 Abs. 6 Nr. 1 UWG – Missbrauch .....	131
4. § 8 Abs. 6 Nr. 2, 1. Alt. UWG – Fortsetzungsverbot .....	132
5. § 8 Abs. 6 Nr. 2, 2. Alt. UWG – Sperrfrist für die Aufnahme ei- nes neuen Handels .....	134
6. § 8 Abs. 6 Nr. 3 UWG – Fortsetzungsverbot vor Beendigung der Baumaßnahme .....	135
7. Sonstiges .....	136
IX. § 14 UWG – Anschwärzung .....	136
1. Allgemeines .....	136
2. Die Grundnorm des § 14 Abs. 1 UWG .....	137

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
a) Handeln zu Zwecken des Wettbewerbs .....	137
b) Tatsachen .....	137
c) Behaupten oder Verbreiten der Tatsache .....	138
d) Eignung zur Geschäfts- oder Kreditbeschädigung .....	139
e) Beispiele .....	139
f) Nichterweislichkeit der Wahrheit .....	140
g) Verletzter .....	140
h) Haftung des Betriebsinhabers .....	140
i) Kein Haftungsausschluss .....	140
j) Rechtsfolgen des § 14 Abs. 1 UWG .....	140
3. Die Sonderregel des § 14 Abs. 2 UWG .....	141
a) Vertraulichkeit .....	141
b) Berechtigtes Interesse .....	141
c) Tatsachen der Wahrheit zuwider behauptet oder verbreitet ....	142
d) Haftung des Betriebsinhabers .....	142
e) Subjektiver Tatbestand i.R. des Schadensersatzanspruches nach § 14 Abs. 2 Satz 2 UWG .....	143
f) Verhältnis zu § 15 UWG .....	143
X. § 15 UWG – Geschäftliche Verleumdung (Strafnorm) .....	143
1. Allgemeines .....	143
2. Objektiver Tatbestand .....	144
3. Subjektiver Tatbestand .....	144
4. Haftung des Betriebsinhabers .....	144
5. Zivilrechtliche Rechtsfolgen .....	144
Konkordanztabelle.....	145
<b>§ 2 Neue Rechtsprechung und Literatur, Hinweise auf aktuelle Probleme des Wettbewerbsrechts .....</b>	<b>146</b>
I. Wegfall des Rabattgesetzes und der Zugabeverordnung zum 25. Juli 2001 – Materialien und Literatur .....	146
1. Einführung .....	146
2. Aus der neueren Rechtsprechung .....	147
3. Materialien zur Gesetzesänderung (RabattG/ZugabeVO) .....	154
4. Literatur zum Thema Aufhebung von Rabattgesetz und Zugabe- verordnung .....	154
II. Powershopping im Internet .....	155
1. Einführung und Begriffserläuterung .....	155
2. Rechtsprechung zum Powershopping in redaktionellen Leitsätzen	156
3. Literatur zum Thema Powershopping .....	156
III. Headhunting (telefonisches Abwerben von Mitarbeitern am Arbeits- platz) .....	157
1. Einführung .....	157
2. Die Rechtsprechung zum Thema Headhunting in Leitsätzen .....	157
3. Ergänzende Literatur zum Thema Headhunting .....	159
IV. Sonstige aus unserer Sicht examenswichtige Fälle .....	159
1. Die wettbewerbsrechtliche Zulässigkeit der „Fernsehfee“ (Werbeblocker am Fernsehgerät) .....	159
2. Fälle zur Anwaltswerbung (§ 1 UWG i.V.m. § 43 b BRAO und § 6 BORA) .....	160
3. UWG und Grundrechte (Meinungs- und Pressefreiheit des Art. 5 Abs. 1 S. 1, 2 GG; Berufsfreiheit des Art. 12 I GG) .....	163

## *Inhaltsverzeichnis*

	Seite
4. Fälle zur Internet-Werbung .....	181
5. Ergänzender wettbewerbsrechtlicher Leistungsschutz nach § 1 UWG .....	183
6. Gezieltes Ansprechen von Passanten in der Öffentlichkeit, Telefonwerbung u. ä. (Fallgruppe der Belästigung i. R. d. § 1 UWG) .....	185
7. Vergleichende Werbung 2001 ff. ....	186
8. Zur Bestimmtheit des Unterlassungsantrags (§ 253 Abs. 2 ZPO) und zum Feststellungsinteresse (§ 256 Abs. 1 ZPO) .....	189
9. Zum Problem der Schutzrechtsverwarnungen .....	191
10. Vertragsabwicklung .....	192
11. Fälle zu § 13 Abs. 2 UWG .....	192
12. Das Presseprivileg des § 13 Abs. 6 UWG .....	194
13. Selektive Vertriebsbindungssysteme und § 1 UWG .....	195
<b>§ 3 Prozessrechtliche Fragen zum Aktenvortrag im Rahmen der Einstweiligen Verfügung – Aufbauschema und Schnellübersicht über die wichtigsten Probleme .....</b>	<b>206</b>
I. Der Aufbau des Aktenvortrags .....	206
1. Der Einleitungssatz .....	206
2. Die Sachverhaltsdarstellung .....	207
3. Der Entscheidungsvorschlag .....	207
4. Die rechtliche Würdigung .....	207
5. Der abschließende Tenorierungsvorschlag .....	207
II. Die Prüfung der Zulässigkeit des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Verfügung .....	208
III. Die Prüfung der Begründetheit des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Verfügung .....	208
IV. Nebenentscheidungen (Kosten, vorläufige Vollstreckbarkeit) .....	209
V. Tenor .....	209
VI. Schnellübersicht über die wichtigsten Probleme beim Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung .....	209
<b>§ 4 Exkurse vornehmlich zu formellen und prozessualen Einzelfragen .....</b>	<b>236</b>
I. Prozessualer Exkurs: Keine Verweisung des Rechtsstreits von der Zivilkammer an die Kammer für Handelssachen, wenn dies der Verfügungskläger erst in der mündlichen Verhandlung beantragt und der Verfügungsbeklagte dem zustimmt .....	236
II. Prozessualer Exkurs zur örtlichen Zuständigkeit nach § 24 Abs. 2 UWG (sog. fliegender Gerichtsstand) .....	236
1. Fliegender Gerichtsstand und unmittelbar Verletzter .....	236
2. Abstraktes und konkretes Wettbewerbsverhältnis .....	237
3. Ausschließlicher Gerichtsstand .....	237
4. Begehungsort des Wettbewerbsverstoßes .....	237
III. Exkurs zur Klageberechtigung des unmittelbar Verletzten (Baumbach/ <i>Hefermehl</i> , UWG, 22. Aufl. 2001, § 13 Rn. 19 ff.) .....	238
1. Klageberechtigung des unmittelbar Verletzten .....	238
2. Begriff des konkreten Wettbewerbsverhältnisses .....	238
3. Einzelheiten .....	238
4. Marktbezogenes Verhalten eines Mitbewerbers .....	239
5. Förderung fremden Wettbewerbs .....	239

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Das Verhältnis zur Klageberechtigung abstrakt betroffener Mitbewerber (§ 13 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 UWG) .....	240
1. Unanwendbarkeit der Norm auf den unmittelbar Verletzten .....	240
2. Mögliche Betroffenheit der Mitbewerber .....	240
3. Tatbestandsmerkmale .....	240
a) Gewerbetreibender .....	240
b) Vertrieb von Waren .....	240
c) Gleicher oder verwandter Art .....	240
d) Auf demselben Markt .....	241
e) Keine Voraussetzung der Klagebefugnis: Eignung der Handlung zur wesentlichen Wettbewerbsbeeinträchtigung auf diesem Markt .....	241
V. Exkurs zum Wettbewerbsverhältnis bei Branchenverschiedenheit bzw. bei Gewerbetreibenden verschiedener Wirtschaftsstufen (grundlegend BGH WRP 1998, 1065 = GRUR 1999, 69 – „Preisvergleichsliste II“) .....	241
VI. Sonderproblem: Können sich die in § 13 Abs. 2 UWG genannten Gewerbetreibenden, Verbände und Kammern gegen Verstöße gegen § 2 UWG (vergleichende Werbung) zur Wehr setzen, obwohl diese Vorschrift – anders als die anderen wettbewerbsrechtlichen Unterlassungsansprüche – darin nicht ausdrücklich aufgeführt ist? .....	243
VII. Exkurs zur Haftung des Betriebsinhabers aus § 13 Abs. 4 UWG (z. B. Haftung des Elektronik-Markts M-Markt für seine Franchisenehmer) .....	244
1. Regelungsgehalt der Vorschrift .....	244
2. Definitionen und Erläuterungen .....	244
a) Angestellter .....	244
b) Beauftragter .....	244
c) Selbständigkeit der Haftung des Betriebsinhabers .....	245
VIII. Der Rechtsmissbrauchseinwand des § 13 Abs. 5 UWG .....	246
1. Regelungsgehalt der Vorschrift .....	246
2. Anhaltspunkte für eine rechtsmissbräuchliche Geltendmachung des Unterlassungsanspruchs .....	246
3. Einzelheiten aus der neueren Rechtsprechung .....	247
IX. Erstbegehungs- und Wiederholungsgefahr .....	249
1. Grobdefinition der Gefahr .....	249
2. Erstbegehungsgefahr .....	249
3. Wiederholungsgefahr .....	250
X. Unterlassungsverpflichtungserklärung und Unterlassungsanspruch .....	252
1. Wegfall der Wiederholungsgefahr durch Abgabe einer Unterlassungsverpflichtungserklärung .....	252
a) Irrelevanz der Motivation für die Abgabe der Unterlassungserklärung .....	252
b) Nachträgliche Abgabe der Unterlassungserklärung .....	253
c) Ernsthaftigkeit der Unterlassungserklärung .....	253
d) Teilunterwerfung .....	254
e) Berühmung .....	254
2. Inhalt und Reichweite des Unterlassungsvertrages .....	254
a) Auslegung des Unterlassungsvertrages .....	254
b) Gewährung von Aufbrauchfristen .....	255
c) Verjährung .....	257



## Inhaltsverzeichnis

	Seite
XI. Zum Strafversprechen des Verletzers .....	258
1. Zum Strafversprechen des Verletzers zugunsten eines Dritten, z. B. des Deutschen Roten Kreuzes .....	258
a) Frühere Rechtsprechung der Oberlandesgerichte .....	258
b) Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs .....	258
2. Vertragsstrafenversprechen bis zu einem Höchstbetrag .....	259
XII. Exkurs zum räumlichen Umfang des Unterlassungsanspruchs .....	260
XIII. Zur Auflösung eines Unterwerfungsvertrages durch Kündigung .....	260
XIV. Die Bedeutung der sog. Schutzschrift ( <i>Köhler/Piper</i> , UWG, 3. Aufl. 2002, § 25 Rn. 39 f.) .....	262
XV. Das sog. Abschlusschreiben ( <i>Baumbach/Hefermehl</i> , UWG, 22. Aufl. 2001, § 25 Rn. 102) .....	264
<b>Zweiter Teil. Kartellrecht (GWB)</b>	
<b>§ 1 Begriff und Entwicklung des Kartellrechts .....</b>	<b>269</b>
I. Begriff des Kartellrechts .....	269
1. Definition .....	269
2. Abgrenzung zum Recht gegen den unlauteren Wettbewerb .....	270
II. Die Entwicklung des Kartellrechts .....	270
<b>§ 2 Die Konzeption des GWB .....</b>	<b>273</b>
<b>§ 3 Die Systematik des GWB .....</b>	<b>275</b>
I. Der Gesetzesaufbau .....	275
II. Hinweise für Prüfungen .....	277
<b>§ 4 Rechtsanwendungsprobleme des GWB .....</b>	<b>280</b>
I. Verfahrensrechtliche Besonderheiten .....	280
II. Grundsatz der kartellrechtlich-funktionalen Auslegung .....	281
III. Einfluss des europäischen Kartellrechts auf die Auslegung .....	281
IV. Normanwendung .....	282
<b>§ 5 Grundbegriffe des GWB .....</b>	<b>284</b>
I. Unternehmen und Vereinigungen von Unternehmen .....	284
1. Auslegungsprobleme .....	284
2. Der funktionale Unternehmensbegriff .....	285
3. Absolute und relative Unternehmen .....	285
a) Absolute Unternehmen .....	285
b) Relative Unternehmen .....	286
c) Problemfälle .....	286
4. Vereinigungen von Unternehmen .....	290
5. Kleine und mittlere Unternehmen .....	291
II. Der kartellrechtliche Wettbewerbsbegriff .....	292
1. Definitive Probleme .....	292
2. Lösung des Gesetzgebers .....	295
III. Markt .....	297
1. Der sachlich relevante Markt .....	297

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
a) Angebotsmarkt .....	298
b) Nachfragemarkt .....	299
2. Der räumlich relevante Markt .....	299
a) Marktabgrenzung .....	299
b) Sonderproblem: Internationale Märkte .....	300
3. Der zeitlich relevante Markt .....	304
<b>§ 6 Internationaler Anwendungsbereich des GWB .....</b>	<b>305</b>
I. Die Problematik .....	305
II. Die Reichweite des GWB .....	305
1. Regelungsinhalt von § 130 Abs. 2 GWB .....	305
2. Vollstreckungsrechtliche Probleme .....	306
3. Probleme bei der Zusammenschlusskontrolle .....	307
III. Verhältnis des GWB zum EG-Kartellrecht .....	309
<b>§ 7 Sonderregeln für bestimmte Wirtschaftsbereiche .....</b>	<b>312</b>
I. Allgemeines .....	312
1. Sonderregeln für bestimmte Wirtschaftsbereiche im GWB .....	312
a) Umfang der Sonderregeln im GWB .....	313
b) Sonstige Sonderregeln im GWB .....	314
c) Gründe für die Sonderregelungen .....	314
2. Sonderregeln in Spezialgesetzen .....	315
3. Sektorspezifische Kartellaufsicht .....	315
II. Die einzelnen Wirtschaftsbereiche .....	316
1. Landwirtschaft .....	316
2. Kredit- und Versicherungswirtschaft .....	317
3. Urheberrechtsverwertungsgesellschaften .....	318
4. Zentrale Sportvermarktung .....	319
<b>§ 8 Das Kartellverbot .....</b>	<b>321</b>
I. Allgemeines .....	321
II. Die Kartellvereinbarung .....	321
1. Bestimmte Formen von Kartellvereinbarungen .....	322
a) Gentlemen's agreements .....	322
b) Bewusste Eingehung eines kartellrechtswidrigen Vertrages .....	322
c) Vergleiche .....	322
2. Das Merkmal „zwischen miteinander im Wettbewerb stehenden Unternehmen“ .....	323
a) Die Abgrenzungsfunktion des Merkmals „zwischen miteinander im Wettbewerb stehenden Unternehmen“ .....	324
b) Auslegung durch Rechtsprechung und Literatur .....	324
3. Die wettbewerbsbeschränkende Wirkung der verbotenen Verhaltensweisen .....	332
a) Das Verhältnis der Verhaltenskoordinierung zur Wettbewerbsbeeinträchtigung .....	333
b) Die Spürbarkeit der Marktbeeinflussung .....	334
c) Beispiele für wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen .....	335
III. Der Kartellbeschluss .....	340
IV. Aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen .....	341
V. Die Rechtsfolgen des Kartellverbots .....	344
1. Rechtfertigungsmöglichkeiten .....	344

## *Inhaltsverzeichnis*

	Seite
2. Kartellzivilrecht .....	345
a) Zivilrechtliche Unwirksamkeit der Kartellabsprache .....	345
b) Auswirkungen auf Kartellabsprachen in Form von Gesellschaftsverträgen .....	345
c) Auswirkungen auf Gesellschafterbeschlüsse .....	347
d) Auswirkungen auf Folgeverträge .....	348
e) Schadenersatz- und Unterlassungsansprüche .....	348
3. Kartellverwaltungsverfahren .....	350
4. Ordnungswidrigkeiten- und Strafverfahren .....	350
5. Schnellübersicht zu § 1 GWB .....	350
<b>§ 9 Die Ausnahmen vom Kartellverbot .....</b>	<b>353</b>
I. Zweck der Ausnahmen .....	353
II. Systematik der Ausnahmetatbestände .....	353
III. Das Freistellungsverfahren .....	354
IV. Die einzelnen Ausnahmetatbestände .....	355
1. Widerspruchskartelle .....	356
a) § 2 Abs. 1 GWB – Die Normen- und Typenkartelle .....	356
b) § 2 Abs. 2 – Das Konditionenkartell .....	357
c) § 3 GWB – Das Spezialisierungskartell .....	358
d) § 4 Abs. 1 GWB – Das Mittelstandskartell (auch Kooperationskartell genannt) .....	360
2. Anmeldekartelle gem. § 4 Abs. 2 GWB – Einkaufskooperationen (auch Verbundgruppen genannt) .....	362
3. Erlaubniskartelle .....	365
a) § 5 Abs. 1 u. 2 GWB – Rationalisierungskartell .....	365
b) § 6 GWB – Das Strukturkrisenkartell .....	367
c) § 7 GWB – Auffangkartelle/Sonstige Kartelle .....	368
d) § 8 GWB – Gemeinwohlkartelle/Ministererlaubnis .....	370
<b>§ 10 Die Preis- und Konditionenbindungen .....</b>	<b>372</b>
I. Einführung .....	372
1. Problematik der §§ 14 ff. GWB .....	372
2. Überblick .....	373
II. Das Verbot des § 14 GWB .....	373
1. Zweck .....	374
2. Tatbestand .....	374
a) Vereinbarung zwischen Unternehmen über Waren oder gewerbliche Leistungen – Erstvereinbarung .....	374
b) Die Beschränkung einer an der Erstvereinbarung beteiligten Partei bei der inhaltlichen Gestaltung einer Zweitvereinbarung .....	375
c) Vereinbarungen mit Dritten über die gelieferten Waren, über andere Waren oder über gewerbliche Leistungen .....	378
d) Parteien der Zweitvereinbarung .....	378
e) Bezug der Vereinbarung auf Märkte innerhalb des Geltungsbereichs des GWB .....	379
f) Einschränkung der wettbewerblichen Handlungsfreiheit des gebundenen Unternehmens als Tatbestandsvoraussetzung .....	379
3. Rechtsfolgen .....	382
III. Schnellübersicht zu § 14 GWB .....	383

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Die Ausnahme des § 15 GWB .....	384
1. Problem .....	384
a) Ausnahmen von § 14 GWB .....	384
b) Europäisches Kartellrecht .....	385
2. Von § 15 GWB erfasste Bereiche .....	385
3. Schriftform .....	386
4. Lückenlosigkeit .....	386
5. Missbrauchsaufsicht .....	387
<b>§ 11 Die Abschlussbindungen .....</b>	<b>389</b>
I. Allgemeines .....	389
II. Die einzelnen Beschränkungsformen .....	389
1. § 16 Nr. 1 GWB – Verwendungsbeschränkungen .....	390
2. § 16 Nr. 2 GWB – Ausschließlichkeitsbindungen .....	390
3. § 16 Nr. 3 GWB – Vertriebsbindungen .....	391
4. § 16 Nr. 4 GWB – Koppelvereinbarungen .....	392
5. Wesentliche Beeinträchtigung des Wettbewerbs .....	392
III. Rechtsfolgen .....	393
IV. Konkurrenzen .....	393
V. Schnellübersicht zu § 16 GWB .....	394
<b>§ 12 Die Lizenzverträge .....</b>	<b>396</b>
I. § 17 GWB .....	396
II. § 18 GWB .....	397
<b>§ 13 Marktbeherrschung und wettbewerbsbeschränkendes Verhalten .....</b>	<b>398</b>
I. Einführung .....	398
1. Prüfungshinweis .....	398
2. Überblick über die gesetzlichen Regelungen .....	399
a) § 19 GWB .....	399
b) § 20 GWB .....	399
c) § 21 GWB .....	400
d) § 22 GWB .....	400
e) § 23 GWB .....	401
II. Definitionen und Vermutungen .....	401
1. Marktbeherrschung – § 19 Abs. 2 GWB .....	401
a) Überblick .....	401
b) Die einzelnen Tatbestandsalternativen .....	404
2. Vermutungen .....	407
a) Marktbeherrschungsvermutung § 19 Abs. 3 GWB .....	407
b) Exkurs: Grundprinzipien der Beweislast .....	409
c) Die Abhängigkeitsvermutung – § 20 Abs. 2 S. 2 GWB .....	413
III. § 20 GWB – Verbot von Diskriminierung und unbilliger Behinderung .....	413
1. Allgemeines .....	413
2. Die einzelnen Tatbestände .....	414
a) § 20 Abs. 1, 2 GWB – Diskriminierungs- und Behinderungsverbot .....	414
b) Schnellübersicht § 20 Abs. 1, 2 GWB .....	432
c) § 20 Abs. 3 GWB – Die sog. passive Diskriminierung .....	433

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
d) § 20 Abs. 4, 5 GWB – Die sog. Mittelstandsbehinderung .....	434
e) § 20 Abs. 6 GWB – Verbot der Aufnahmeverweigerung .....	436
IV. § 19 Abs. 1 GWB – Das Missbrauchsverbot .....	438
1. Tatbestand .....	439
2. Die Regelbeispiele des § 19 Abs. 4 GWB .....	439
a) § 19 Abs. 4 Nr. 1 GWB – Behinderungsmisbrauch .....	439
b) § 19 Abs. 4 Nr. 2 – Ausbeutungsmisbrauch .....	440
c) § 19 Abs. 4 Nr. 3 GWB – Preis- und Konditionenspaltung .....	442
d) § 19 Abs. 4 Nr. 4 GWB – Verweigerung des Zugangs zu Netzen und Infrastruktureinrichtungen .....	443
3. Schnellübersicht zu § 19 Abs. 1 GWB .....	446
V. § 21 Abs. 1 GWB – Boykottverbot .....	447
1. Tatbestand .....	447
2. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen § 21 Abs. 1 GWB .....	449
VI. § 21 Abs. 2 GWB – Die unerlaubte Veranlassung .....	450
VII. § 21 Abs. 3 GWB – Der unerlaubte Zwang .....	451
VIII. § 21 Abs. 4 GWB – Die unerlaubte Nachteilszufügung .....	451
IX. § 22 GWB Empfehlungsverbot .....	452
1. Tatbestand .....	452
2. Ausnahmen vom Empfehlungsverbot .....	453
§ 14 Die Wettbewerbsregeln .....	455
I. Begriff .....	455
II. Problematik .....	455
III. Inhalt .....	455
1. Lauterkeitsregeln .....	455
2. Leistungsregeln .....	456
IV. Anerkennung .....	458
§ 15 Die Zusammenschlusskontrolle .....	460
I. Zweck der Zusammenschlusskontrolle .....	460
II. Die verschiedenen Formen von Zusammenschlüssen .....	461
1. Horizontaler Zusammenschluss .....	461
2. Vertikaler Zusammenschluss .....	462
3. Konglomerater Zusammenschluss .....	462
a) Funktionaler Zusammenhang (Markterweiterungs-, Marktverkettings- und Produktfusionen) .....	462
b) Kein funktionaler Zusammenhang (reine Konglomerate) .....	463
III. Systematik der Zusammenschlusskontrolle .....	464
IV. Der Zusammenschlussbegriff – § 37 GWB .....	464
1. Die Zusammenschlusstatbestände .....	464
a) § 37 Abs. 1 Nr. 1 – Vermögenserwerb .....	465
b) § 37 Abs. 1 Nr. 2 GWB – Kontrollerwerb .....	467
c) § 37 Abs. 1 Nr. 3 GWB – Anteilserwerb .....	468
d) § 37 Abs. 1 Nr. 4 GWB – „Auffangtatbestand“ .....	472
2. § 37 Abs. 2 – Der „weitere Zusammenschluss“ .....	473
3. § 37 Abs. 3 GWB – Bankenklausele .....	473
V. Die Größenmerkmale .....	473
1. § 35 Abs. 1 GWB – Schwellenwerte .....	473
2. § 35 Abs. 2 GWB – Ausnahmen .....	474

## *Inhaltsverzeichnis*

	Seite
3. § 35 Abs. 3 GWB – Konkurrenz zur europäischen Fusionskontrolle .....	475
VI. Die Eingriffsvoraussetzungen .....	475
1. Begründung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung .....	475
2. Abwägungsklausel .....	477
3. § 36 Abs. 2 Satz 1 GWB – Verbundklausel .....	479
4. § 36 Abs. 2 Satz 2 GWB – Mehrmütterklausel .....	479
VII. Verfahren .....	480
1. § 39 GWB – Anmeldepflicht .....	480
2. Vorprüfverfahren .....	481
3. Hauptprüfverfahren .....	481
4. Auflösung von Zusammenschlüssen .....	483
5. Rechtsbehelfe .....	483
a) Gerichtliches Vorgehen .....	483
b) Ministererlaubnis .....	483
<b>§ 16 Die Sanktionen</b> .....	<b>486</b>
I. Vorbemerkung .....	486
II. § 32 GWB – Untersagung .....	486
III. § 43 GWB – Die Mehrerlösabschöpfung .....	487
IV. § 33 – Schadenersatz- und Unterlassungsanspruch .....	487
1. Schutzgesetz, § 33 S. 1 Hs. 1 Alt. 1 GWB .....	488
2. Schutzverfügung, § 33 S. 1 Hs. 1 Alt. 2 GWB .....	488
V. Schadenersatzanspruch – § 33 S. 1 Hs. 2 GWB .....	488
VI. Unterlassungsanspruch .....	489
VII. Verschuldensunabhängiger Beseitigungsanspruch .....	489
VIII. Belieferungsanspruch .....	490
IX. § 81 GWB – Bußgeld .....	490
X. Strafrechtliche Sanktionen .....	491
<b>§ 17 Die Kartellbehörden</b> .....	<b>492</b>
I. Das Bundeskartellamt .....	492
II. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit .....	493
III. Die Landeskartellbehörden .....	493
IV. Die Monopolkommission .....	495
<b>§ 18 Die Verfahren</b> .....	<b>496</b>
I. Kartellverwaltungssachen .....	496
1. Verfahren vor den Kartellbehörden .....	496
2. Rechtsmittel .....	497
II. Kartellordnungswidrigkeitenverfahren .....	498
1. Verfahren vor den Kartellbehörden .....	498
2. Rechtsmittel .....	498
III. Kartellzivilverfahren .....	499
1. Erstinstanzliches Verfahren .....	499
2. Rechtsmittel .....	499

## *Inhaltsverzeichnis*

	Seite
<b>Dritter Teil. Grundzüge des europäischen Kartellrechts</b>	
<b>§ 1 Das Kartellverbot des Art. 81 EG und seine Ausnahmen .....</b>	<b>503</b>
I. Das Kartellverbot .....	503
1. Unternehmen und Unternehmensvereinigungen .....	504
a) Unternehmensbegriff .....	504
b) Unternehmensvereinigungen .....	506
2. Vereinbarungen von Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen .....	507
a) Vereinbarungen .....	508
b) Beschlüsse .....	510
c) Aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen .....	511
3. Wettbewerbsbeschränkung (Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs) .....	515
a) Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung .....	515
b) Horizontale und vertikale Wettbewerbsbeschränkungen .....	517
c) Zweck oder Wirkung .....	517
d) Die Regelbeispiele für Wettbewerbsbeschränkungen in Art. 81 Abs. 1 Hs. 2 EG .....	522
e) Exkurs: Anwendbarkeit des Art. 81 Abs. 1 EG auf Konzerne ...	526
4. Eignung zur Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten (Zwischenstaatlichkeitsklausel) .....	528
5. Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung .....	530
II. Die Nichtigkeitsfolge des Art. 81 Abs. 2 EG .....	531
1. Zivilrechtliche Rechtsfolgen .....	532
2. Verwaltungsrechtliche und bußgeldrechtliche Rechtsfolgen .....	534
III. Die Ausnahmen vom Kartellverbot nach Art. 81 Abs. 3 EG .....	535
1. Allgemeines .....	535
2. Die Voraussetzungen einer Einzelfreistellung vom Kartellverbot ...	537
Übersicht zu Art. 81 Abs. 3 EG: Das System der Gruppenfreistellungsverordnungen.....	541
<b>§ 2 Das Diskriminierungsverbot des Art. 82 EG .....</b>	<b>544</b>
I. Allgemeines .....	544
II. Unternehmenseigenschaft .....	545
III. Vorliegen einer marktbeherrschenden Stellung .....	545
1. Relevanter Markt .....	545
2. Beherrschende Stellung auf dem relevanten Markt .....	547
IV. Missbräuchliche Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung .....	551
1. Unmittelbare oder mittelbare Erzwingung von unangemessenen Einkaufs- oder Verkaufspreisen oder sonstigen Geschäftsbedingungen (Ausbeutungsmissbrauch) nach Art. 82 S. 2 lit. a EG .....	554
2. Einschränkung der Erzeugung, des Absatzes oder der technischen Entwicklung zum Schaden der Verbraucher nach Art. 82 S. 2 lit. b EG .....	555
3. Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern nach Art. 82 S. 2 lit. c EG (Diskriminierung von Handelspartnern) .....	556
4. Koppelungsgeschäfte nach Art. 82 S. 2 lit. d EG .....	557

## *Inhaltsverzeichnis*

	Seite
V. Eignung zur Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten (Zwischenstaatlichkeitsklausel) .....	558
VI. Rechtsfolgen des Verstoßes gegen Art. 82 EG .....	560
1. Zivilrechtliche Rechtsfolgen .....	560
2. Verwaltungs- und bußgeldrechtliche Rechtsfolgen .....	560
<b>§ 3 Die Besonderheiten der öffentlichen Unternehmen nach Art. 86 EG .....</b>	<b>562</b>
I. Übersicht über die Regelungsgegenstände des Art. 86 Abs. 1 bis 3 EG ...	562
II. Allgemeines .....	563
III. Einzelheiten .....	563
1. Der Unternehmensbegriff der Wettbewerbsregeln und Art. 86 EG	563
2. Art. 86 Abs. 1 EG .....	564
a) Öffentliche Unternehmen i. S. d. Art. 86 Abs. 1 EG .....	564
b) Unternehmen mit ausschließlichen oder besonderen Rechten i. S. d. Art. 86 Abs. 1 EG .....	565
c) Pflichten der Mitgliedstaaten nach Art. 86 Abs. 1 EG .....	566
3. Art. 86 Abs. 2 EG .....	569
a) Allgemeines .....	569
b) Dienstleistung .....	570
c) Finanzmonopole .....	572
d) Verhinderung der Aufgabenerfüllung nach Art. 86 Abs. 2 Satz 1, 2. Hs. EG .....	572
e) Begrenzung der Ausnahme nach Art. 86 Abs. 2 Satz 2 EG (Beeinträchtigung der Entwicklung des Handelsverkehrs) .....	574
<b>§ 4 Die europäische Zusammenschlusskontrolle .....</b>	<b>576</b>
I. Rechtsgrundlagen .....	576
II. Der Zusammenschlussbegriff des Art. 3 FKVO .....	577
1. Die Fusion nach Art. 3 Abs. 1 lit. a FKVO .....	577
2. Der Zusammenschluss (Kontrollerwerb) nach Art. 3 Abs. 1 lit. b FKVO .....	577
III. Einzelkontrollerwerb (sole control) .....	578
IV. Gemeinsamer Kontrollerwerb (joint control) und Gemeinschaftsunternehmen .....	579
1. Paritätische und disparitätische Beteiligungen .....	579
2. Vollfunktions- und Teilfunktionsgemeinschaftsunternehmen .....	580
3. Prüfungsmaßstab für Vollfunktionsgemeinschaftsunternehmen ...	581
4. Exkurs: Parallele Anwendbarkeit der Artt. 81, 82 EG neben der FKVO .....	583
V. Ausnahmen von der Zusammenschlusskontrolle .....	585
VI. Größenmerkmale .....	586
1. Gemeinschaftsweite Bedeutung .....	586
2. „Mehrfachanmeldungs-klausel“ .....	587
3. Sonderfall: Zusammenschlüsse mit zwischenstaatlichen Auswirkungen aber ohne gemeinschaftsweite Bedeutung .....	588
VII. Eingriffsvoraussetzungen .....	589
1. Marktabgrenzung .....	590
2. Marktbeherrschungstest .....	590
3. Exkurs: Sanierungsfusionen im EG-Kartellrecht .....	591
4. Oligopol und Monopol .....	593
5. Behinderungsklausel .....	593



## *Inhaltsverzeichnis*

	Seite
VIII. Nebenabreden .....	594
IX. Behörde .....	594
X. Verfahren .....	594
1. Vorverfahren .....	595
2. Hauptverfahren .....	596
3. Fristen .....	596
4. Vollzugsverbot .....	597
5. Vereinfachtes Verfahren .....	597
XI. Rechtsschutz .....	598
<b>§ 5 Das Kartellverbot des Art. 81 Abs. 1 EG .....</b>	<b>601</b>
<b>§ 6 Das Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung nach Art. 82 EG .....</b>	<b>604</b>
Übersicht zum deutschen und europäischen Kartellrecht .....	607
Stichwortverzeichnis .....	609

